Positionspapier Integration als Stadtziel auch für Biberach?

- In den Städte leben Menschen mit Migrationshintergrund
- Mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes 2005 erfolgte eine gesellschaftspolitische Klärung des bislang geltenden Paradigmas "Deutschland ist kein Zuwanderungsland". Es folgte ein Perspektiven- und Politikwechsel, Zuwanderung (mit Blick auf den demografischen Wandel) als Chance zu begreifen.
- Der bisherige Defizitansatz "Zuwanderung ist ein Problem" hat heute noch zur Folge, dass sich auf kommunaler Ebene im wesentlichen Migrantenorganisationen und -initiativen (meist in freier Trägerschaft) auf die Defizit-Beratung beschränken.
- Der neue Potenzialansatz: Zuwanderung als Chance begreifen!

Angesichts der demografischen Entwicklung und einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft "... muss Integration heute überwiegend als Chance verstanden werden, Kommunen zu entwickeln".

Die Positiv-Ansätze lauten:

- Eine mehrsprachige Bevölkerung stärkt die Chancen eines Standorts im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung.
- Die kulturelle Vielfalt bietet neue Möglichkeiten zur Entwicklung einer weltstädtischen Kultur.
- Familienbünde, nachbarschaftliche Selbsthilfe und Netzwerke von Einwohnern stabilisieren die sozialen Strukturen einer Kommune, gerade in Zeiten schneller Veränderungen sozialer Normen.
- Das ökonomische Engagement vom Migranten stärkt die lokale Wirtschaft:
 - Die Menschen mit Migrationshintergrund bezahlen heute schon netto (!) jährlich 13 Mrd. € in die Sozialkassen ein!!!
 - Es gibt heute schon bundesweit 286.000 ausländische Betriebe dies entspricht einer Selbständigenquote von 9,6 % (im Vergleich zu 10,4 % bei deutschen selbstständig Erwerbstätigen).
 - Das wirtschaftliche Selbsthilfepotential der Menschen mit Migrationshintergrund ist beachtlich.
 - Die Transferleistungen der in Deutschland lebenden Migranten in ihre Herkunftsländer/Regionen ist höher als der Gesamtetat der Deutschen Entwicklungshilfe.

- Die Transferleistungen der in Deutschland lebenden Migranten in ihre Herkunftsländer/Regionen ist höher als der Gesamtetat der Deutschen
- Eine positiv orientierte Integrationspolitik trägt nachweislich zum besseren Verständnis zwischen den Kulturen auf lokaler Ebene bei. Dies belegt die Tatsache, dass in Berlin "nur" 36,9% der Deutschen als "fremdenfeindlich" eingestuft wurden –während es in Baden-Württemberg 45,4 % sind (Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld 2006).
- Auf dieser Basis und Erkenntnis haben viele Kommunen integrationspolitische Konzepte erarbeitet (z.B. Dresden, Essen, Frankfurt, Hamm, Kreis Hersfeld, Rothenburg, Osnabrück, Solingen, Stuttgart, Wiesbaden)

Grundvoraussetzungen:

- Ein derartiges Konzept muss von der "Führung" einer Kommune erstellt und verabschiedet werden ("persönliche Engagement" der Verwaltungsführung = OB + GR ist Grundvoraussetzung)
- Das Konzept sollte klar formulierte Ziele beinhalten
- Schaffung einer optimalen Organisationsstruktur für die Umsetzung innerhalb der
- Ein "Bündnis für Integration" stellt in einem nächsten Schritt die Kooperation mit weiteren Akteuren in der Kommune sicher (Vereine, Verbände, Kirchen, Unter-
- Ein Ausschuss für Integration (= Ratsmitglieder + "sachkundige Einwohner") komplettieren das Konzept der politischen Steuerung
- Zu Beginn steht wie üblich eine Bestandsaufnahme und Monitoring Schilderung der sozialen Lage von Migrantinnen und Migranten
 - Demografische Entwicklung
 - Vorhandene Angebote mit ihren sozialräumlichen Bezug
 - Einschätzung der Stärken und Schwächen der lokalen Integrationspolitik
 - Potentialeinschätzung einer gelungenen Weiterentwicklung (sozial, kulturell, ...wirtschaftlich)

Weitere Anmerkungen:

In der Sitzung der Initiativgruppe Biberach 21 (= Lenkungsgruppe) wurde das Thema Integration als ein Agenda-Thema anerkannt. Dabei ist klar, dass wir eine schlagkräftige Struktur brauchen, die vor allem falsch verstandene Lobbyarbeit ausschließt (→ z. B. durch einen Integrationsausschuss des Gemeinderats).

Der Sport (insbesondere die TG) ist ebenfalls an dem Thema dran. Hier wurde bereits ein Antrag auf Projektförderung positiv entschieden.

Im 1. Halbjahr 2007 wird es eine stadtteilbezogene Diplomarbeit zum Thema "Integration" geben.

Fettback